

Länder sorgen sich um Schulsozialarbeit

Finanzierung aus Bundesmitteln läuft Ende 2013 aus

Schulsozialarbeiter beraten, unterstützen und erziehen Kinder und Jugendliche. Sie helfen dort, wo Lehrer allein das Problem nicht mehr lösen können. Ein Teil von ihnen wird durch Bundesmittel finanziert, die Ende 2013 auslaufen. Auch Bremens Schulsozialarbeiter hängen von den Zuschüssen ab. Die Sozialminister der Länder wollen sich nun dafür einsetzen, dass das Geld vom Bund weiterhin fließt.

VON ANDREA TIEDEMANN

Berlin-Bremen-Hannover. Rund 6000 Schulsozialarbeiter kümmern sich derzeit bundesweit um die Probleme von Schülerinnen und Schülern. Finanziert werden sie zu einem großen Teil aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes, das im Jahr 2010 zwischen Bund und Ländern ausgehandelt wurde. Bis zum Ende 2013 zahlt der Bund jeweils 400 Millionen Euro dafür. Unklar ist jedoch, was passiert, wenn das Bildungspaket Ende kommenden Jahres ausläuft.

Nordrhein-Westfalens Sozialminister Guntram Schneider (SPD) hat deshalb gefordert, dass der Bund die etwa 6000 Schulsozialarbeiter in Deutschland unbefristet finanzieren soll. Die Arbeits- und Sozialminister der Länder haben sich gestern zu ihrer zweitägigen Herbsttagung getroffen, um unter anderem über dieses Thema zu beraten. „Die Schulsozialarbeit muss über 2013 hinaus gefördert werden“, sagte Schneider gestern der „Rheinischen Post“. „Das Programm hat sich ausgezeichnet bewährt, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen“, so Schneider. Weder das Land noch die Kommunen könnten die Finanzierung übernehmen. Nach Informationen der „Rheinischen Post“ zeichnet sich eine Einigung der Minister ab.

„Durch das Bildungspaket gab es einen riesigen Aufschwung bei der Schulsozialarbeit“, sagt Bernhard Eibeck, Referent für Jugendhilfe und Sozialarbeit bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Frankfurt. Von den bundesweit 6000 Stellen sei gut ein Drittel durch den Finanzierungsschub des Bundes entstanden. Was passiert, wenn die Unterstützung wieder wegfällt, mag Eibeck sich gar nicht vorstellen. „Für die Schüler, die schon eine Beziehung zu den Mitarbeitern aufgebaut haben, wäre das ein Desaster.“ Auch der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit möchte, dass die Stellen über 2013 hinaus weiterfinanziert werden. „Wir sehen aber die Verantwortung nicht allein beim Bund, sondern auch bei den Ländern und den Kommunen“, sagt Sprecher Walter Würfel. Die Umsetzung des Bildungspakets laufe regional sehr unterschiedlich, so Würfel, in einigen Kommunen passiere noch zu wenig.

Für Bremen wurden aus den Bundesmitteln vor gut einem Jahr 2,4 Millionen Euro bereitgestellt. Die scheidende Bremer Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper (SPD) bewilligte damals das Geld für die Sozialarbeit an Schulen, woraus 50 Vollzeitstellen geschaffen wurden. „Wir schließen uns der Forderung an, dass der Bund die Mittel weiter zur Verfügung stellt“, sagte Sprecherin Karla Götz. Die in Bremen tätigen Schulsozialarbeiter seien eine wichtige Schaltstelle zwischen Schule und Jugendsozialarbeit, so Götz. An 60 Schulen seien sie im Dienst, überwiegend in sozial schwierigen Stadtteilen wie beispielsweise im Bremer Westen. Die Mitarbeiter seien in den Zentren für unterstützende Pädagogik angesiedelt. Ihre Aufgabe besteht darin, psychisch besonders belasteten Schülern zu helfen und den Kontakt mit dem Elternhaus und anderen sozialen Einrichtungen zu halten. Diese Aufgaben seien ohne die Mittel des Bundes zuvor nur begrenzt oder gar nicht zu erfüllen gewesen, hatte Senatorin Jürgens-Pieper bei der Schaffung der Stellen vor einem Jahr eingeräumt.

Unterstützung bei Inklusion

Dass Bremen die Kosten nicht aus eigener Kraft stemmen könnte, da ist sich Andrea Spude vom Elternbeirat sicher. Dabei, so Spude, reichten gerade in Bremen mit einem „sozial schwierigen Gefüge“ die Lehrer allein nicht aus, um sich angemessen um die Probleme der Schüler zu kümmern. „Der Bedarf ist größer geworden“, sagt Spude, „denn die Schulen müssen auch viel Sozialarbeit leisten.“ Fehlende oder schlechte familiäre Bindungen seien ein Problem, so Spude, das nicht nur in finanziell schlechter gestellten Familien vorkomme. Zudem könnten die Schulsozialarbeiter bei Inklusionsklassen, in denen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam unterrichtet würden, helfen, indem sie die Sonderpädagogen unterstützen.

An Niedersachsen überwies der Bund im Jahr 2011 rund 34 Millionen Euro für Schulsozialarbeit. Wie viele Stellen davon landesweit geschaffen wurden, ist beim Sozialministerium nicht bekannt. Das Geld werde in Niedersachsen an die Kommunen verteilt, heißt es, die dann über die Stellen entscheiden. In der Stadt Hannover, die ähnlich groß wie Bremen ist, wurden von dem Geld des Bundes 35 Stellen eingerichtet. Sabine Hohagen, Vorsitzende des Landeselternrates Niedersachsen, sagt: „Es sind zu wenige Stellen.“ Eigentlich sollte jede Schule normaler Größe einen Schulsozialarbeiter haben, meint Hohagen. Aus finanziellen Gründen aber sei dies schon jetzt nicht möglich. **Kommentar Seite 2**